

Übersichten

November 2003

Außenpolitik

1 Taiwan – nie versiegender Quell der Verärgerung

Anlass zur Verärgerung über Taiwan bzw. dessen Regierung und insbesondere Präsident Chen Shuibian gab es aus Sicht der chinesischen Regierung im November mehr als genug. Zunächst hatte Chen Anfang November eine Reise nach Panama mit Billigung der US-Regierung für einen als privat deklarierten Transitaufenthalt in New York genutzt. Allein die Tatsache, dass ihm während dieses Besuchs eine Ehrung durch die Menschenrechtsorganisation International League for Human Rights zuteil wurde, dürfte aus Beijinger Sicht ärgerlich genug gewesen sein. Chen nutzte die Ehrung jedoch zu einer öffentlichkeitswirksamen halbstündigen Rede (s. auch die Übersicht „Chen Shuibian in Amerika: Anstieg in der Wählergunst“ in der Rubrik Taiwan).

Endgültig verlor die Beijinger Regierung jedoch die Contenance, als der taiwanische Präsident am Ziel seiner Reise in Panama am 3. November die Ehre eines dokumentierten öffentlichen Händeschüttelns mit dem

US-Außenminister Colin Powell zuteil wurde – aus der Sicht der VR China eine Aufwertung Taiwans und unverzeihliche Geste der Anerkennung seitens der USA. In der Tat gewährten die USA Chen Shuibian während dieser Auslandsreise in den Vereinigten Staaten selbst und während der Zusammenkunft mit hochrangigen amerikanischen Politikern in Panama einen erstaunlich großen politischen Spielraum, was Beijing verärgern, zumindest aber irritieren musste. Zwar ist seitens der amerikanischen Regierung von einem Abgehen des Ein-China-Prinzips nicht die Rede. Dennoch scheinen die Kräfte in der US-Politik zumindest zeitweise größeren Einfluss gewonnen zu haben, die eine stärkere Unterstützung des demokratischen Taiwan wünschen. US-Präsident George W. Bush und der taiwanische Präsident Chen Shuibian verbindet derzeit darüber hinaus ihr persönliches politisches Schicksal, bemühen sich doch beide um die Wiederwahl im nächsten Jahr. Amerikanische Medien schlossen daher auch nicht aus, dass eine Spende Chen Shuibians in Höhe von 1 Mio. US\$ an den jüngeren Bruder Bushs zur Finanzierung der Wahlkampagne des US-Präsidenten ausschlaggebend für den großen politischen Freiraum und die Aufwertung Chens durch öffentliche Treffen mit hochrangigen Regierungsvertretern gewesen sei.

Während Chen nach Meinungsumfragen in Taiwan auf diese Weise die Gunst der Wähler in Taiwan positiv für sich beeinflussen konnte, sah das chinesische Außenministerium sich routinemäßig zu einer Verurteilung der Auftritte Chens in den USA und in Panama veranlasst, die nur auf die Abtrennung Taiwans vom chinesischen Mutterland und die Sabotage an der Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen zum Ziel gehabt hätten. Obgleich deutlich gemäßigter vorgetragen, dürfte sich der eigentliche Zorn des chinesischen Außenministeriums gegen die US-Regierung selbst gerichtet haben, der gegenüber man im konkreten Fall starkes Missfallen geäußert habe, während man bereits in der Vergangenheit gegen ähnlich gelagerte Reisen politischer Vertreter Taiwans protestiert habe.

Obwohl die verbalen Angriffe gegen Taiwan und den taiwanischen Präsi-

dent den gesamten November hindurch die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu bestimmen schienen, insbesondere amerikanische und auch deutsche Medien immer wieder die Drohungen aufgriffen und von den stärksten Drohgebärden seit Jahren die Rede war, handelte es sich letztlich doch eher um symbolische Akte. Ein Indiz für diese Interpretation ist die lange Zeit, die die chinesische Regierung verstreichen ließ, nachdem der kleine Südseestaat Kiribati Anfang November diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatte. Zwar war das chinesische Außenministerium schnell mit dem Vorwurf des Verrats an den Prinzipien des Gemeinsamen Kommuniqués aus dem Jahre 1980, mit dem die VR China und Kiribati diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten. Doch ließen weitere Reaktionen auf sich warten. So versuchte man seitens Beijings zwar Kiribati mit politischem und ökonomischem Druck zu einer Revision seiner Entscheidung zu bewegen und bezichtigte Taiwan gleichzeitig der Scheckbuchdiplomatie. Als jedoch auch der ohne längere vorherige Ankündigung unter dem Vorwand der Erneuerung durchgeführte Abbau und Abtransport einer von China auf Kiribati betriebenen Satellitenempfangsstation die dortige Regierung nicht zur Einsicht brachte, wurden die diplomatischen Beziehungen zu Kiribati erst am 29. November unter Protest zunächst ausgesetzt.

Die Rhetorik gegen Taiwan – und damit letztlich auch indirekt die Warnungen gegen die USA vor einer stärkeren Unterstützung Taiwans – setzte sich hingegen auf einem anderen Feld fort, obwohl auch hier ein eigentlicher aktueller Anlass fehlte. In diversen Stellungnahmen von Vertretern der chinesischen Regierung und unterschiedlicher Institutionen der VR China wurden die von Chen Shuibian bereits Anfang Oktober angestellten Überlegungen zu einem Referendum über eine neue taiwanische Verfassung aufgegriffen und als separatistische Schritte auf dem Weg zur Schaffung eines eigenständigen taiwanischen Staates scharf kritisiert.

Bereits am 28. September hatte Chen Shuibian angekündigt, er wolle das Vorhaben der Verfassungsreform in Taiwan beschleunigen. Gegenüber ei-

ner US-Delegation hatte er dann nur eine Woche später öffentlichkeits- und wählerwirksam einen Zeitplan verkündet: Der abschließende Entwurf einer neuen Verfassung für Taiwan solle im Rahmen eines Referendums den Bürgern Taiwans am 10. Dezember 2006, zugleich Internationaler Tag der Menschenrechte, zur Entscheidung vorgelegt werden und am 20. Mai 2008 in Kraft treten.

Waren heftige Reaktionen aus Beijing zunächst ausgeblieben, so war die verbale Entrüstung über die Pläne einer Verfassungsänderung und für ein Referendum nun im November nach den Auftritten Chen Shuibians in den USA und Panama sowie in der Folge des diplomatischen Coups in Ozeanien umso stärker. Mit den Plänen für die Verfassungsreform und die Einführung eines Plebiszits in Taiwan verlasse Chen den Boden seiner eigenen ohnehin nie glaubwürdigen politischen Prinzipien, die er anlässlich seines Amtsantritts verkündet hatte, und schwenke vollends auf den separatistischen Kurs seiner Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) ein, so chinesische Experten laut Xinhua. Die DPP hätte sich bereits im Oktober 1991 in ihrem Parteiprogramm unmissverständlich und unverhohlen separatistisch gezeigt und sich bereits damals die Errichtung einer unabhängigen Republik Taiwan sowie die Verabschiedung einer neuen Verfassung auf dem Wege der Volksabstimmung auf ihre Fahnen geschrieben.

Ungeachtet der Tatsache, dass ein Referendum über eine neue Verfassung für Taiwan angesichts des bestehenden politischen Systems und der Mehrheitsverhältnisse in der Legislative gegenwärtig eine utopische Vorstellung darstellt, sah man sich in Beijing zu heftigen Reaktionen gedrängt. Im Hinblick auf eine mögliche Verfassungsreform beunruhigt Beijing neben der inzwischen auch von Vertretern der vereinigungsfreundlichen Opposition bejahten prinzipiellen Notwendigkeit einer Reform besonders ein Punkt: Man befürchtet, die Definition des Staatsgebiets der Republik China auf Taiwan könnte in einer zukünftigen Verfassung lediglich Taiwan, Penghu, Jinmen und Mazu einschließen und das chinesische Festland nicht mehr berücksichtigen. Damit, so Luo Yan, Direktor des Forschungs-

zentrums der Militärakademie, werde Taiwan nicht mehr als Teil eines größeren chinesischen Staates definiert, sondern als davon unabhängiges Staatswesen. Dies könne man nicht zulassen, da man ansonsten seinerseits gegen die Verfassung der Volksrepublik China verstoße, so Luo weiter.

In stärkere Worte fasste die Haltung der chinesischen Regierung in dieser Sache am 18. November Wang Zaixi, Vizeminister des Büros für Taiwanangelegenheiten beim Staatsrat, wenn gleich von den konkreten und aktuellen Kriegsdrohungen gegen Taiwan, die sich verschiedentlich in der nicht-chinesischen Presse fanden, im Original wenig zu lesen ist. In erster Linie kritisierte Wang, Chen Shuibian missbrauche den Begriff Demokratie, um seinen lang gehegten separatistischen Plänen den Anschein des Volkswillens zu geben. Als Reaktion der chinesischen Regierung darauf wiederholte Wang jedoch letztlich nur mit scharfen Worten die bekannte chinesische Position, eine formelle Unabhängigkeitserklärung Taiwans keinesfalls zulassen zu können und diese als Kriegsgrund zu betrachten.

Interessant anzumerken ist die Tatsache, dass diese Krise der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sich in den chinesischen Medien kaum niederschlugen. Von wenigen kurzen Artikeln in Tageszeitungen und einer einmaligen Meldung in den Abendnachrichten in Fernsehen und Rundfunk abgesehen, schien der Nachrichtenwert dieser Ereignisse in der VR China selbst nur gering. Lediglich CCTV4 als zentraler Fernsehsender für das taiwanische und auslandschinesische Publikum widmete sich der Problematik detailliert und über mehrere Wochen immer wieder in seiner täglichen halbstündigen Abendsendung zu den chinesisch-taiwanischen Beziehungen.

Zwar wurde Ende November bekannt, dass zwei weitere Raketenbrigaden aus dem Innern des Landes in Küstennähe nach Jiangxi und Fujian verlegt wurden, und die Zahl der Taiwan somit direkt bedrohenden Einheiten damit nun auf sechs angewachsen ist. Doch aus Taiwan hieß es in diesem und im Zusammenhang mit Militärmanövern der Volksbefreiungsarmee, es seien keine ungewöhnlichen Truppenbewegun-

gen zu verzeichnen; es handle sich um bekanntes symbolisches Säbelrasseln.

Es spricht daher vieles dafür, dass die heftige Rhetorik seitens der Vertreter verschiedener Institutionen und eher untergeordneter Regierungsabteilungen primär auf die Außenwirkung abzielten. Über seine diplomatischen Vertretungen machte die chinesische Regierung verschiedenen – insbesondere kleinen – Staaten, die enge wirtschaftliche Beziehungen zu Taiwan und zur Volksrepublik unterhalten, zeitgleich klar, dass sich eine politische Unterstützung Taiwans für sie sehr negativ auswirken könne. Die USA dürften jedoch der eigentliche Adressat der Warnungen gewesen sein, sich in der Unterstützung Taiwans nach dem Auftritt Chen Shuibians auf dem amerikanischen Kontinent Anfang November wieder stärker zurückzuhalten. Wurde zuvor schon von amerikanischen Medien gemutmaßt, Wen Jiabao werde das Thema Taiwan während seines im Dezember bevorstehenden US-Besuchs ansprechen, mehrten sich die Anzeichen dafür noch zusätzlich, als Wen einem Interview mit der *Washington Post* zustimmte, in dem er erklärte, die Haltung der chinesischen Regierung in der Taiwan-Frage sei unveränderbar, und man werde keinesfalls nur dasitzen und nichts gegen provokative Akte zur Zersplitterung des Vaterlandes unternehmen. Im Übrigen hoffe er, die US-Regierung werde die Gefahren in ihrem vollen Ausmaß erkennen, die von den provokativen Äußerungen und Taten Chen Shuibians ausgingen, und möge keine falschen Signale an die taiwanische Seite aussenden. (Xinhua, 7.11.03, nach BBC PF, 9.11.03; Xinhua, 18.11.03, nach BBC PF, 19.11.03; Xinhua, 21.11.03, nach BBC PF, 23.11.03; Xinhua, 27.11.03, nach BBC PF, 29.11.03; Xinhua, 29.11.03, nach BBC PF, 30.11.03; FT, 17., 20.11.03; ZXS, 18.11.03, nach BBC PF, 19.11.03; FAZ, 20.11.03; NZZ, 20.11.03; XNA, 7., 8., 12., 24.11.03; CNAT, 27.11.03, nach BBC PF, 28.11.03; ST, 21.11.03; Radio Australia, Melbourne, 26.11.03, nach BBC PF, 27.11.03; Radio New Zealand International, Wellington, 28.11.03, nach BBC PF, 29.11.03; SCMP, 13., 24.11.03; AWSJ, 7.11.03; CCTV4, 1.11.03-12.11.03) -kg-

2 Nachwuchssorgen des chinesischen Militärs

Stell Dir vor es ist Krieg, und keiner geht hin, so könnte es eines Tages in China heißen, wenn der Nachwuchs für das chinesische Militär weiter ausbleibt. Insbesondere die gut ausgebildeten und damit in der Regel städtischen Jugendlichen zieht es entweder nicht in die Armee, oder es fehlt ihnen die körperliche und psychische Eignung für den Dienst in Uniform.

Zwar ist die Reduzierung der chinesischen Streitkräfte beschlossene Sache. Doch die Vorgaben, bis zum Jahr 2005 landesweit 200.000 Mann weniger zu beschäftigen, ist letztlich nur Ausdruck der Reform des chinesischen Militärs von der Volksmassenarmee hin zu modernen Streitkräften mit ebenfalls moderner technischer Ausrüstung. Hier liegt auch das Dilemma: Attraktiv scheint der Militärdienst, den noch in den achtziger Jahren viele als Eiserne Reisschüssel betrachteten, in erster Linie den so genannten bildungsfernen Schichten. Benötigt werden jedoch schon heute und noch mehr in der Zukunft in aller erster Linie gut gebildete Fachleute. Wie schwer diese jedoch für die Streitkräfte zu gewinnen sind, zeigt die jüngste landesweite Rekrutierungskampagne.

Am 1. November überall in den großen Städten Chinas mit Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam in den Einkaufszentren begonnen, liegen bislang keine Zahlen zur Resonanz in der städtischen chinesischen Jugend vor. In verschiedenen Städten wie Nanjing, Shanghai, Hangzhou, Fuzhou, Hefei oder Nanchang zeigte sich jedoch bald, dass die Bewerber keineswegs immer geeignet sind. So wird aus Yangzhou (Jiangsu) berichtet, dass beinahe die Hälfte der Interessenten bereits bei der körperlichen Musterung durchfielen. Aus Fuzhou, der Provinzhauptstadt Fujians, wurde bekannt, dass viele den psychologischen Eignungstest nicht bestanden hatten. In Shanghai wiesen die interessierten Jugendlichen zwar das angestrebte hohe Bildungsniveau auf, konnten jedoch in vielen Fällen ebenfalls nicht erfolgreich rekrutiert werden, weil ihr Sehvermögen im Laufe ihrer Ausbildung offensichtlich erheblich gelitten hatte.

Verantwortlich für diese Rekrutierungsfehlschläge werden von Militärkreisen in erster Linie die „ungesunde Lebensführung“ der jungen Menschen in den Städten gemacht, der geprägt sei von exzessiver Unterhaltung und ebensolchem Genuss von Alkohol. Der Dienst in der Armee scheint mit dem modernen Lebensstil in den chinesischen Großstädten zunehmend inkompatibel. So sehen sich zwar auch Universitäten zunehmend gezwungen, Bewerbertraining für ihre Absolventen zu organisieren, weil diese nicht mehr wie einst immer auch problemlos ihren Traumjob finden, doch das Militär scheint insgesamt wenig attraktiv. Es darf auch bezweifelt werden, dass Bühnenshows nach dem Motto „Lustig ist das Kasernenleben“ oder „Die Armee als Wahrerin der traditionellen Kultur“, die im Zuge der Rekrutierungskampagne in den Einkaufszentren der Großstädte veranstaltet wurden, das Mittel der Wahl sind, um eine Jugend, die zunehmend von Konsum- und Freizeitkultur, Hiphop und MTV geprägt ist, für den Militärdienst zu begeistern.

Da die Ausbildung fachlich spezialisierter Kräfte in den eigenen Reihen offensichtlich nicht die erwünschten Resultate zeitigt, geht das chinesische Militär nun auch vermehrt dazu über, Fachleute ohne militärischen Hintergrund anzuwerben. Im Juni konnten so erstmals 19 Universitätsabsolventen der Natur- und Ingenieurwissenschaften für die chinesische Luftwaffe und die Ausbildung zu Piloten verpflichtet werden. Zwar vermeldete die Rekrutierungsabteilung der Luftwaffe, die 19 Offiziersanwärter seien unter tausenden von Bewerbern aus 74 Universitäten ausgewählt worden. Zugleich hieß es jedoch weiter, diesen 19 sei eine außerplanmäßige Bonuszahlung in Höhe von 5.000 Yuan RMB bar gewährt worden, um weitere Anreize für Universitätsabsolventen zu geben, sich ebenfalls für eine militärische Pilotenausbildung und den Dienst in der Luftwaffe zu entscheiden.

Anfang November wurde auch bekannt, dass in der Militärregion Nanjing landesweit erstmalig Zivilisten mit spezifischem technischen Wissen direkt und ohne die übliche militärische Laufbahn zum Dienst als Unteroffiziere angeworben werden. Um die Gesamtqualität der Streitkräfte zu

erhöhen, so heißt es in einer Pressemitteilung, werde nunmehr entsprechend qualifiziertes technisches Personal für spezialisierte technische Aufgaben und den Dienst an technologisch hochwertigen Waffensystemen rekrutiert. Aufgerufen zur Bewerbung seien alle Männer bis zum Höchstalter von 28 Jahren (bei technischer Höherqualifikation auch bis 30 Jahre), die eine Ausbildung an mittleren oder höheren technischen Bildungseinrichtungen absolviert hätten. Erfolgreiche Bewerber werden zunächst für eine nicht näher spezifizierte Dienstzeit als Unteroffiziere verpflichtet und müssen im Anschluss daran eine weitere Dienstzeit bei höherer Einstufung ableisten, die in besonderen Fällen auch entfallen kann. Auch eine Abwerbung direkt aus zivilen Unternehmen und Institutionen wird angestrebt. Besitzern von Arbeitsplätzen wird der zeitlich befristete Wechsel ins Militär damit zusätzlich schmackhaft gemacht, dass ihnen die Rückkehr an ihren vormaligen Arbeitsplatz garantiert werden soll. Wie dies jedoch im Falle von Personen von-statten gehen soll, die aus der Privatwirtschaft kommen, wird nicht ausgeführt. (XNA, 2., 12.11.03; Xinhua, 5.11.03, nach BBC PF, 10.11.03; ZXS, 3.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; ST, 14.11.03) -kg-

3 Rege Reisediplomatie in Sachen Nordkorea

Eingeleitet von einer Reise des formell zweithöchsten Repräsentanten des chinesischen Staates, Wu Bangguo, Präsident des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KP-Ch, in die Demokratische Volksrepublik Korea, begann auf der Ebene der chinesischen Vizeaußenminister eine Phase reger Reisediplomatie zur Vorbereitung der zweiten Runde von multilateralen Gesprächen zur Beilegung der nordkoreanischen Nuklearkrise. Wu Bangguo hielt sich Ende Oktober in Begleitung des Vizeaußenministers Wang Yi zum ersten offiziellen Freundschaftsbesuch von Vertretern der neuen Beijinger Führung in dem Nachbarland auf. Dabei war es dem Vernehmen nach gelungen, die nordkoreanische Staats- und Parteiführung von der Notwendigkeit einer

Zustimmung zu einer baldigen Neuauflage der im August ohne Ergebnis in Beijing beendeten Sechs-Parteien-Gespräche zu überzeugen.

Ausschlaggebend dürfte das chinesische Versprechen gewesen sein, „Nordkorea auch weiterhin Hilfe zu leisten“. Daraufhin habe Kim Jong-il persönlich der Wiederaufnahme der Gespräche prinzipiell zugestimmt – ohne sich allerdings weiter festzulegen. Über die konkrete Ausgestaltung des chinesischen Hilfsangebotes wurde zunächst nichts bekannt. Mitte November kursierten dann jedoch Berichte, wonach die VR China versprochen habe, Nordkorea noch vor Wintereinbruch 500.000 t Heizöl und 200.000 t Lebensmittel zur Verfügung zu stellen – dieselbe Menge, die die USA vor der Aussetzung ihrer Hilfsleistungen an das Land geliefert hatten. Eine offizielle Bestätigung des chinesischen Außenministeriums für die geplanten Hilfslieferungen blieb jedoch aus.

Die chinesische Regierung sieht ihre Rolle im Zusammenhang mit einer friedlichen Beilegung der Nuklearkrise um Nordkorea als Frage nationalen Prestiges an. Insofern stellt die – wenn auch zunächst nur prinzipielle – Zustimmung der nordkoreanischen Führung zu einer neuen multilateralen Gesprächsrunde durchaus einen wichtigen diplomatischen Durchbruch dar. Nordkorea hatte zunächst auf einen bilateralen Nichtangriffspakt mit den USA bestanden und war nach Abschluss der ersten Sechs-Parteien-Gespräche im August in Beijing weiteren Verhandlungen nicht besonders zugeeignet.

Während das chinesische Außenministerium nur mitteilen ließ, man sei überzeugt davon, im kommenden Jahr die Früchte der diplomatischen Bemühungen in dieser Sache ernten zu können, wurde in der Presse bereits der 12. und 13. Dezember als wahrscheinlicher Termin für die nächste Gesprächsrunde gehandelt. Wenig später hieß es auch vom Sprecher des chinesischen Außenministeriums, man strebe einen Gesprächstermin noch vor Ende des Jahres an. Im Übrigen sei es jedoch wichtig, unter den beteiligten Parteien Einigung über eine Tagesordnung herzustellen, die es bisher nicht gebe.

Zu diesem Zwecke fanden Mitte November diverse Konsultationen der chinesischen Vizeaußenminister Wang Yi und Dai Bingguo mit hochrangigen Gesprächspartnern in den USA, in Südkorea, Japan und Russland statt. Berichten zufolge habe US-Präsident George W. Bush in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft erklärt, Nordkorea im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche schriftliche Sicherheitsgarantien zu geben, sofern das Land dafür sein Atomwaffenprogramm stoppe. Ein Vorstoß der japanischen Regierung, den Gesprächsrahmen auch für die Erörterung des Problems der von Nordkorea entführten japanischen Staatsbürger zu nutzen, traf auf entschiedenen chinesischen Widerstand, da dies die Gespräche kompliziert hätte.

Sowohl Konsultationen zwischen dem amerikanischen Unterhändler James Kelly mit der chinesischen Seite in Beijing als auch ein anschließender Besuch des nordkoreanischen stellvertretenden Außenministers Kim Yong-il am 22. November lassen darauf schließen, dass endgültig in der Tat noch vor Jahresende mit einer erneuten multilateralen Gesprächsrunde zur Lösung der Atomkrise zu rechnen ist, wenngleich Nordkorea bislang über eine prinzipielle Zustimmung zu weiteren Gesprächen nicht hinausgehen wollte. (Xinhua, 31.10.03, nach BBC PF, 1.11.03; Xinhua, 8.11.03, nach BBC PF, 10.11.03; Yonhap, 9.11.03, nach BBC PF, 10.11.03; Yonhap, 10.11.03, nach BBC PF, 11.11.03; Yonhap, 11.11.03, nach BBC PF, 12.11.03; ZXS, 11.11.03, nach BBC PF, 12.11.03; ZXS, 13.11.03, nach BBC PF, 14.11.03; Kyodo News Service, 13.11.03, nach BBC PF, 14.11.03; RMRB online, 11.11.03, nach BBC PF, 13.11.03; Xinhua, 14.11.03, nach BBC PF, 15.11.03; Kyodo News Service, 13.11.03, nach BBC PF, 14.11.03; ZXS, 20.11.03, nach BBC PF, 21.11.03; Yonhap, 22.11.03, nach BBC PF, 23.11.03; ITAR-TASS, 17.11.03, nach BBC PF, 18.11.03) -kg-

4 Gutwetterperiode zwischen Indien und China setzt sich fort

Die Phase der Annäherung zwischen Indien und China geht weiter. Jüngster Beweis des Wandels der bilateralen Beziehungen war das erste gemeinsame Seemanöver zum Abschluss eines fünftägigen Besuches eines indischen Zerstörers Anfang November in Shanghai. Zwar handelte es sich offiziell lediglich um gemeinsame Seerettungsübungen, doch immerhin war es das erste gemeinsame Manöver überhaupt. Die Tatsache, dass zuvor bereits Marineübungen gleicher Art gemeinsam mit Pakistan stattgefunden hatten, die als die ersten mit einem anderen Staat in der Geschichte der Volksrepublik bezeichnet wurden, zeigt, dass China sehr an einer Aufwertung der Beziehungen mit Indien interessiert ist, zugleich durch entsprechende Gesten jedoch auch Pakistan seiner Freundschaft weiter versichert. In der chinesischen Südasienpolitik hat insofern eine erfolgreiche Hinwendung zu einer ausgleichenden Haltung stattgefunden, die der angestrebten Rolle als asiatische Ordnungsmacht und auch den ureigenen chinesischen Interessen besser gerecht wird. Indien als Verbündeter mit ähnlich gelagerten Interessen dürfte sich insbesondere in den zukünftigen WTO-Verhandlungen von großem Wert erweisen, wo China bereits seit längerer Zeit um Verbündete zur Durchsetzung seiner Interessen wirbt.

Die Manöver selbst waren dem Vernehmen nach nicht auf Seerettungsmaßnahmen beschränkt, sondern beinhalteten auch Kommunikationsübungen und nicht zuletzt Manöver zum abgestimmten Vorgehen gegen Piraten – ein Problem, das sowohl in indischen als auch chinesischen Gewässern offensichtlich zunehmend zur Bedrohung der zivilen Schifffahrt wird. In einem Interview, das auf der Website der *Renmin Ribao* veröffentlicht wurde, äußerte der Kommandeur des indischen Flottenverbandes, R.P. Suthan, volle Zufriedenheit mit dem Verlauf des Besuchs in Shanghai. Über den aktuellen Anlass hinausweisend betonte er, die Signifikanz auch der militärischen Kontakte liege darin, dass beide Seiten nunmehr miteinander interagierten und sich ge-

gegenseitig kennen lernen könnten, da das Verständnis füreinander bislang eher rudimentär war.

Unterstrichen wurde diese Einschätzung auch von einem siebentägigen Besuch einer indischen Militärdelegation in Tibet sowie in der Militärrregion Chengdu, der Ende des Monats folgte. Auch in der bislang nicht gelösten Frage des Grenzverlaufs zwischen beiden Staaten kommt man offenbar besser voran als bisher. So hieß es in Berichten, beide Seiten seien sich auf einem Arbeitstreffen zu diesem Thema im Oktober deutlich näher gekommen. China erkennt nunmehr den indischen Anspruch auf Sikkim an, das zuvor aus chinesischer Sicht als unabhängiger Staat betrachtet worden war, der von Indien unrechtmäßig annektiert worden war. Im Gegenzug wird von indischer Seite auch die uneingeschränkte Souveränität der VR China über Tibet nicht mehr in Frage gestellt. Dies gab letztlich auch den Weg für eine Vereinbarung frei, beide Territorien für den bilateralen Handel zu öffnen.

Entsprechend positiv fiel die Einschätzung aus, die der indische Außenminister Sinha in einer Rede im Vorfeld des Besuchs Jia Qinglins (Vorsitzender der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz) in Indien von der Entwicklung der sino-indischen Beziehungen gab. Sinha betonte dabei, die Beziehungen zwischen beiden Staaten hätten jüngst über Handelsbeziehungen hinaus deutlich ausgeweitet werden können. Er sprach sogar davon, dass die Beziehungen zwischen seinem Land und China auch über die rein bilaterale Dimension hinausgehen und man nunmehr im multilateralen Rahmen in internationalen Fragen wie der Sicherheit, dem Umweltschutz und der nachhaltigen Entwicklung kooperiere. Die bereits etablierten Dialogmechanismen zwischen beiden Ländern hätten darüber hinaus in jüngster Zeit noch auf die Themen der Terrorismusbekämpfung und der nationalen Politikgestaltung ausgeweitet werden können. Als deutliches Signal an die Vereinigten Staaten und an die Volksrepublik China erklärte Sinha der Vorstellung eine deutliche Absage, die Beziehungen seines Landes zu den USA könnten als Gegengewicht zu China dienen. (FT, 13.11.03; Xinhua, 10.11.03, nach

BBC PF, 13.11.03; RMRB online, 14.11.03, nach BBC PF, 15.11.03; Xinhua, 14.11.03, nach BBC PF, 15.11.03; XNA, 14., 23.11.03; ST, 14.11.03; AWSJ, 10.11.03; PTI, Neu-Delhi, 23.11.03, nach BBC PF, 25.11.03) -kg-

5 Geben und Nehmen zwischen Pakistan und China

Der pakistanische Präsident General Musharraf weilte Anfang November zu einem dreitägigen offiziellen Staatsbesuch in China. Zweifelsohne handelte es sich für beide Seiten um ein wichtiges Ereignis, doch überwog die Bedeutung sicher für Pakistan. Schließlich war es die erste Gelegenheit, die neue chinesische Partei- und Staatsführung näher kennen zu lernen und insbesondere deren Haltung im pakistanischen Dauerkonflikt mit Indien abzuklopfen. Nicht nur auf pakistanischer Seite waren die Erwartungen hoch gesteckt, auch China war daran interessiert, bestimmte Interessen im bilateralen Verhältnis schriftlich abzusichern und für die Zukunft festzuschreiben.

Das Ergebnis des Besuchs, während dessen Musharraf mit den wichtigsten Persönlichkeiten der neuen Führungsriege sowie mit Jiang Zemin zu Konsultationen zusammentraf, die von pakistanischer Seite als überaus herzlich bezeichnet wurden, wurde in einer Gemeinsamen Erklärung über die Richtung der bilateralen Kooperation festgehalten. Sehr im Sinne Pakistans wurde die bilaterale Kooperation zwischen beiden Ländern darin als „unentbehrlich für die Wahrung von Frieden und Stabilität in Asien“ bezeichnet. Auch die angestrebte Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit und der Kooperation auf dem militärisch-industriellen Sektor lag wesentlich im pakistanischen Interesse, ist das Land doch seit dem Ende der US-amerikanischen Rüstungslieferungen im Jahr 1990 in entscheidendem Maße von der militärischen Kooperation mit China abhängig. Ein von Pakistan gewünschtes Abkommen über die chinesische Unterstützung für die zweite Ausbauphase des Kernkraftwerks Chashma kam jedoch nicht zustande. Die Volksrepublik China sah sich in diesem Zusammenhang dem Vorwurf insbesondere aus den USA ausgesetzt, ein Ausbau des Atomkraft-

werks werde Pakistan in die Lage versetzen, waffenfähiges Plutonium zu produzieren. Seitens des chinesischen Außenministeriums hieß es zu dieser Frage denn auch lediglich, die Konsultationen über das Projekt würden fortgesetzt.

Im Gegenzug versicherte Musharraf der chinesischen Staatsführung, sein Land werde auf seinem Territorium keinerlei terroristische Kräfte oder Aktivitäten dulden, die sich gegen China richteten. Ebenso im chinesischen Interesse ist die nunmehr festgeschriebene Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit im Rahmen der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zwischen beiden Ländern. Die zukünftige Kooperation auf diesem Gebiet soll sich vor allem gegen Drogenschmuggel, Menschen-smuggel sowie terroristische und separatistische Aktivitäten richten und den Austausch von Informationen, gemeinsame Fahndungen und gegenseitige Auslieferungen von Verdächtigen umfassen.

Auch im Hinblick auf die chinesische Haltung im pakistanisch-indischen Langzeitkonflikt um Kaschmir dürfte Pakistan mehr erwartet haben als die in der Deklaration fixierte chinesische Versicherung, man unterstütze alle Anstrengungen, die zu einer friedlichen Lösung des Problems beitragen könnten. Pakistan hat sich inzwischen mit dem Rückzug Chinas auf eine neutralere Position in der Kaschmir-Frage, wie sie im Zuge der Verbesserung der sino-indischen Beziehungen notwendig geworden war, mehr oder minder abgefunden. Doch besteht eine gewisse Unzufriedenheit mit der Rolle, die China derzeit in Asien noch einnimmt. Angesichts ihrer wachsenden politischen und ökonomischen Stärke, so Musharraf vor Studenten der Beijing-Universität, müsse die Volksrepublik China eine deutlich aktivere Rolle im Prozess der Lösung von politischen Konflikten übernehmen. Ob die pakistanische Führung der Analyse der bilateralen Beziehungen durch Hu Jintao noch von ganzem Herzen zustimmen kann, ist zumindest fraglich. Dieser hatte ausgeführt, die bilateralen Beziehungen seien geprägt von einem hohen Grad an Vertrauen und gegenseitiger Unterstützung sowie von umfassender Kooperation. (PTV World, Islamabad, 1.11.03, nach BBC PF,

2.11.03; PTV World, 3.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; Xinhua, 3.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; Radio Pakistan, Islamabad, 4.11.03, nach BBC PF, 5.11.03; XNA, 4., 5.11.03; SCMP, 6.11.03) -kg-

6 Kooperation mit China

Anfang Oktober fand auf Bali das diesjährige ASEAN-Gipfeltreffen der Regierungen der zehn Mitgliedsländer und weiterer Regierungen der Region, insbesondere Japan, China und Indien, statt. De facto haben sich damit die ASEAN-Gipfeltreffen zu asiatischen Gipfeltreffen gewandelt. Dennoch: Im Mittelpunkt des Interesses steht weiterhin Südostasien und sein Verhältnis zu anderen Akteuren der asiatischen Großregion.

In den Dreier-Gesprächen Japan-China-Südkorea ging es nicht nur um Maßnahmen bezüglich der nordkoreanischen Nuklearbedrohung, sondern auch um die Möglichkeit, zukünftig eine Dreier-Freihandelszone zu gründen. Auch eine umfassende Wirtschaftskooperation mit den ASEAN-Staaten strebt Japan an, bis hin zur Gründung einer ausgedehnten Freihandelszone in der Region. Die entsprechenden Verhandlungen sollen im Jahr 2005 beginnen, ein Abkommen ist für 2012 angestrebt. Die beteiligten Staaten unterzeichneten nach Abschluss der Beratungen auf Bali eine Absichtserklärung, in der diese Zeitplanung festgelegt wurde. Vorerst sind in den Plan nur die weiter entwickelten ASEAN-Staaten eingeschlossen, d.h. Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. Die geplante Wirtschaftsregion soll nach übereinstimmender Auffassung aller beteiligten Staaten die WTO-Regeln einhalten, einzelne Sektoren wie z.B. die Landwirtschaft sollen nicht ausgeklammert werden.

China hatte bereits eine Zielvereinbarung mit der ASEAN geschlossen, nach der bis zum Jahr 2010 eine gemeinsame Freihandelszone gegründet werden soll, die 1,7 Mrd. Verbraucher umfassen und damit den weltgrößten Markt bilden würde.

Nach Aussagen chinesischer Experten hat der bisherige Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der ASEAN und der VR

China weitgehend positive Ergebnisse gezeitigt. Dies gelte nicht nur für den Wirtschaftssektor, sondern auch für die allgemeine Sicherheitslage. Weitere Bemühungen um eine Vertiefung und Verstetigung der regionalen Abstimmungspolitik seien eindeutig „in the economic and security interests of countries in the region“, was nicht zuletzt dadurch bewiesen worden sei, dass für alle Beteiligten eine „win-win situation“ entstanden sei. Auch Japan habe die große Bedeutung solcher neuen regionalen Arrangements deutlich erkannt und sei daher seinerseits darum bemüht, die wirtschaftliche Kooperation mit Südostasien vertraglich zu vertiefen. Regionale Zusammenarbeit sei zu einem „Motor der regionalen Entwicklung“ geworden, eine Tatsache, die sich nicht zuletzt in den entsprechenden Statistiken widerspiegeln. Im Jahr 2003 werde das ASEAN-China-Handelsvolumen aller Voraussicht nach 55 Mrd. US\$ erreichen, was gegenüber 2002 (39,5 Mrd. US\$) einen erheblich Anstieg signalisiere. Bis 2005, so die gemeinsame Ankündigung der Vertreter der zehn ASEAN-Regierungen und Chinas während des ASEAN-Gipfeltreffens vom Oktober in Bali, soll der regionale Warenaustausch auf 100 Mrd. US\$ steigen. Zurzeit stellt die ASEAN Chinas fünfgrößten Partner dar und China ASEANs sechstgrößten.

Ebenso wichtig erscheint aus chinesischer Sicht: „Booming bilateral relations have also progressed beyond the economic dimension. The ‚China threat‘ tone prevalent in Southeast Asia two years ago is now on the wane in the region“. Man habe innerhalb der ASEAN erkannt, dass China nicht nur wirtschaftlich eine bedeutende positive Rolle für die Gesamtregion spielen könne. „Cooperation between China and ASEAN also helps to stabilize the regional security situation.“ Ausgangspunkt der jüngsten erfolgversprechenden Tendenzen sei die Unterzeichnung des Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia (TAC) durch China gewesen. China war damit das erste „non-Southeast Asian country“, das sich dem TAC formal angeschlossen hat. „The treaty provides an effective framework for parties concerned to peacefully settle disputes so as to maintain regional development and security.“

Seither hätte sich auch Indien dem Vertrag angeschlossen, und Japan scheine ebenfalls darum bemüht sich vertraglich einzureihen. Im Oktober während des Bali-Gipfels hatte sich die japanische Regierung noch zurückhaltend gezeigt. Kritische japanische Stimmen hatten eingewandt, dass „the treaty, which stipulates non-interference to internal affairs, non-aggression and other principles, may not be compatible with the Japan-US security arrangements“. In der Zwischenzeit scheint sich jedoch ein Stimmungswandel anzubahnen, „in view of the upcoming ASEAN summit in Tokyo on 11-12 December and the fact that it is now left behind by China and India in the ASEAN circle“.

Bemerkenswert an den regionalen Entwicklungen der jüngsten Zeit ist aus chinesischer Sicht vor allem die Tatsache, dass die Akteure der Region aus eigenem innerregionalen Antrieb gehandelt hätten; denn „usually, the formation and change of an international system is mainly based upon the changes of relations between the world's major countries. (...) Such encouraging developments will certainly contribute to good relations in East Asia“. (XNA, 14.11.03; BBC, 5.11., 8.11.03) -Rüdiger Machetzki, Manfred Pohl-

Innenpolitik

7 Schulungen für Regierungssprecher: Mehr Transparenz in der staatlichen Informationspolitik?

Im Herbst dieses Jahres fanden unter Leitung des Informationsamts des Staatsrats erstmals zwei zentral organisierte Trainingsseminare für Regierungssprecher der zentralen und lokalen Ebene statt. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Xinhua sei das Ziel dieser Schulungen nicht nur, die Qualität der Pressesprecher anzuheben, sondern auch die „behördliche Transparenz“ und die Informationspolitik der Regierung insgesamt zu verbessern. Die chinesische Regierung beabsichtige, mit einer neuen Generation professionell ausgebildeter Pressespre-